

Finanzausgleich/Gemeindebund

Gemeindetag: Trompetenstöße und Friedenssignale

Utl.: Lacina zeigt für Probleme bei Wasserwirtschaft Verständnis =

Graz (APA) - Fragen der Gemeindeautonomie, des Föderalismus und der Subsidiarität, aber natürlich auch die aktuellen Finanzausgleichsverhandlungen, bestimmten den zweiten Tag des 39. österreichischen Gemeindetages am Freitag in Graz. Die scharfen Töne von Gemeindebundpräsident Franz Romeder - Finanzminister Lacina verglich sie mit Entertainer Toni Maiers Trompete - blieben nicht ohne Wirkung: Festreferent Lacina zeigte sich verständnisvoll und kompromißbereit, vor allem was die Fragen des Wasserrechts und der Finanzierung von Abwasseranlagen betrifft. ****

Lacina forderte aber gleichzeitig "das Abschneiden alter Zöpfe" - er nannte als Beispiel Zweckzuschüsse für Casinos - und warnte vor Tendenzen der Entsolidarisierung, auch unter den Gemeinden. Schmerzlich berührt habe ihn, Lacina, die Ankündigung des Gemeindebundes, sich an den Kosten der europäischen Integration nicht beteiligen zu wollen.

In der akuten Frage des Wasserrechts und der Verordnung sehr kurzer Sanierungsfristen zeigte Lacina Verständnis, daß dadurch Gemeinden und Bauwirtschaft überfordert sein könnten. Adaptionen seien notwendig, meinte der Minister. Das Thema Verlängerung des Wasserwirtschaftsfonds sei für ihn erledigt, der Fonds solle aber durch Ausgliederung eine größere Effizienz bekommen. Die Unterstützung der Gemeinden werde weiterhin über Investitionskosten- und Annuitätzuschüsse erfolgen.

Schärfsten Widerstand meldete Lacina für den Fall an, die Gewerbe- oder die Lohnsummensteuer im Zuge der Steuerreform abschaffen zu wollen. Das Prinzip des Abtauschs von Belastungen und Vorteilen für die Gemeinde durch Wirtschaftsbetriebe müsse erhalten bleiben, er forciere die Zusammenfassung dieser Titel unter Erweiterung der Bemessungsgrundlage in einer modernen Kommunalabgabe.

Landeshauptmann Josef Krainer betonte, daß die Prinzipien Subsidiarität und Föderalismus für ein Zusammenwachsen Europas notwendig seien. Nach Jahren der Stagnation in der österreichischen Föderalismusdiskussion sehe er, Krainer, nun im Zusammenhang mit der Integration wieder "positive und hoffnungsvolle Perspektiven".

Bundespräsident Kurt Waldheim, der die Gelegenheit benutzte, um sich bei den Gemeinmandatären in seiner Funktion als Staatsoberhaupt zu verabschieden, hob sein Bemühen um den Föderalismus und die Gemeindegeldverwaltung hervor. Die europäische Integration werde die Gemeinde als Zelle der Gesellschaft stärken. Waldheim erneuerte sozusagen außer Plan, aber im Eindruck des "unvorstellbaren menschlichen Elends im früheren Jugoslawien", den Aufruf an seine Landsleute und die österreichischen Gemeinden, "alle möglichen Reserven der Nächstenhilfe zu mobilisieren".
(Schluß) wp/si

APA227 1992-06-26/13:30

Waldheim: "Gemeinden brauchen noch mehr Mitarbeit qualifizierter

Bürger!"

Bundespräsident vor dem Gemeindetag: Dank für Welle der Hilfsbereitschaft für Kriegsoffer und Flüchtlinge=

Wien (OTS) - Bundespräsident Dr. Kurt Waldheim hat am Freitag anlässlich des 39. Gemeindetages in Graz auf die enormen Aufgaben verwiesen, die durch den europäischen Integrationsprozeß und durch das verstärkte Umweltbewußtsein auf die österreichischen Gemeinden zukommen. Angesichts dieser Entwicklung sei es dringend notwendig, neue und besonders qualifizierte Bürger zur aktiven Mitarbeit in der Gemeindepolitik zu gewinnen. Dies werde aber nur gelingen, wenn die Bevölkerung - so Waldheim - "die bestehende öffentliche Verwaltung nicht als bürokratischen Apparat erleben - und die Parteien nicht primär als Vertreter von Gruppeninteressen und Privilegien".

Der Bundespräsident benützte die Begegnung mit den Vertretern der österreichischen Gemeinden, um nachdrücklich zu betonen, wie sehr er angesichts der furchtbaren Ereignisse im früheren Jugoslawien mit ihrem unvorstellbaren menschlichen Elend immer wieder vom Geist der Offenheit und Hilfsbereitschaft österreichischer Gemeinden beeindruckt sei. Er appellierte an die Teilnehmer des Gemeindetages, "alle möglichen Reserven der Nächstenhilfe zu mobilisieren, um auch in den vor uns liegenden Monaten soweit als irgend möglich zur Linderung des Leids beizutragen.

Ich weiß aus vielen Gemeinden, daß der direkte Kontakt mit den Opfern des Krieges nicht nur unmittelbar segensreiche Wirkungen für die Betroffenen gehabt hat, sondern auch zu einem unvergeßlichen Gemeinschaftserlebnis für viele Gemeinden unseres Landes geworden ist".

Der Bundespräsident zeigte sich davon überzeugt, daß der europäische Integrationsprozeß den österreichischen Gemeinden nichts von ihrer Bedeutung nehmen werde. Das Gegenteil sei der Fall: Auf der Suche nach Geborgenheit und Individualität werde der Europäer künftig sein besonderes Interesse und seine Hoffnungen mehr denn je mit der überschaubaren Lebenswelt der Gemeinden verbinden. In diesem Sinn seien "lebenswerte und dynamische Gemeinden die notwendige Voraussetzung für den Aufbau eines gemeinsamen Europas", meinte Waldheim. Denn: "Das Konzept eines größeren Europas wird überhaupt nur dann angenommen werden, wenn sich die Bürger auch in Zukunft das Gefühl der Identität und der Sicherheit einer engeren Heimat bewahren können."

nnnn

*****ORIGINALTEXT-SERVICE UNTER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS*****

OTS068 1992-06-26/11:17

APA0183 5 II 0401

Do, 25. Jun 1992

Finanzausgleich/Gemeindebund/Steiermark

Gemeinden kündigen hartes Ringen um Finanzausgleich an

Utl.: 39. Gemeindetag in Graz eröffnet =

Graz (APA) - In Graz wurde heute, Donnerstag, der 39. Gemeindetag eröffnet. Hauptthema ist die Verankerung der Gemeindeautonomie in der Verfassung vor 30 Jahren. Wie Gemeindebund-Präsident Franz Romeder auf einer Pressekonferenz erklärte, wird die zweitägige Veranstaltung aber durch die "dramatische Situation" beim Finanzausgleich und in der Wasserwirtschaft geprägt. Romeder veröffentlichte im Namen der 2100 österreichischen Gemeinden einen "Aufschrei" und eine Warnung an den Bund: Man werde sich für den Fall, daß das Problem der Abwasserbeseitigung nicht gelöst werden könne, auch "außerparlamentarische Möglichkeiten" vorbehalten. ****

Mit 1. Jänner 1993 muß der Finanzausgleich zwischen den drei Gebietskörperschaften Bund, Länder und Gemeinden neu ausverhandelt sein. Verhandlungen, die, so Präsident Romeder, "vor den schwierigsten Rahmenbedingungen seit 1945 stattfinden". Erstmals stelle der Bund wegen der

Budgetschwierigkeiten Forderungen an die Länder und an die Gemeinden. Er, Romeder, rechne mit Verhandlungen "bis in die letzten Sekunden" und einer Einigung nicht vor dem Spätherbst.

Rund um die Wasserwirtschaft zeigen sich die größten Differenzen. Die Gemeinden hätten gegen die Verordnung zum Wasserrecht, die Sanierungen von Abwasseranlagen binnen zehn Jahren vorschreibt, "revolziert". Dies käme einer Kriminalisierung der Gemeindevertreter gleich. Jetzt scheine die Einsicht zu wachsen und eine Änderung mit einer Staffelung nach Gemeindegröße und Bauzustand sei in den Bereich des Möglichen gerückt, meinte Romeder.

In der Frage der Finanzierung der Abwasseranlagen sei es vom Bund unverantwortbar, wenn nicht bis zum 1. Jänner 1993 verbindliche Förderungsrichtlinien vorlägen, die "ein soziales Chaos durch hohe Kanalbenutzungsgebühren" verhindern. Die Gebühren dürften, wie schon in einer Länderempfehlung vorgesehen, 5000 S pro Jahr und Haushalt nicht überschreiten, wozu Beihilfen seitens des Wasserwirtschaftsfonds notwendig seien. Was die Organisation des Fonds betreffe, sei man offen, wichtig sei allerdings, daß mehr Mittel aus dem Budget zur Verfügung gestellt werden.

Ebenfalls ein Thema der Verhandlungen mit dem Bund wird der Ersatz des entfallenen Anteils an der Luxussteuer sein, rund 800 Mill. S, die die Gemeinden nun von der Normverbrauchsabgabe lukrieren wollen. In Fragen der Steuerreform sei man grundsätzlich offen, man werde Anpassungen - auch die Absenkung der Mehrwertsteuer im Zuge der EG-Integration - mittragen, Verschiebungen zuungunsten der Gemeinden aber nicht hinnehmen.

Wieder auf dem Tapet ist ein alter Wunsch des Gemeindebundes, der Wegfall des abgestuften Bevölkerungsschlüssels bei der Mittelverteilung, eine "Ungleichbehandlung bei gleicher Aufgabenstellung". Um zumindest die Kanten der Stufen abzuschleifen, sollen zunächst Verhandlungen mit dem Städtebund aufgenommen werden, wo die Interessenslage verständlicherweise etwas anders ist.

(Schluß) wp/si/kg

APA183 1992-06-25/12:28

OTS0015 5 II 0249 NLK003

Di, 21. Apr 1992

NLK/NÖ/Ö. Gemeindetag

ORIGINALTEXT-SERVICE

Gemeindeautonomie am Scheideweg?

Öst. Gemeindetag mit starker NÖ-Beteiligung

Niederösterreich (NLK) - Der 39. Österreichische Gemeindetag, die größte kommunalpolitische Jahresveranstaltung Österreichs, wirft seine Schatten voraus. Er findet heuer in Graz (Opernhaus) statt, dazu werden rund 1.500 Bürgermeister und weitere Gemeindevertreter aus ganz Österreich - darunter auch eine starke NÖ-Delegation - sowie einige Gäste aus dem Ausland erwartet. Dieser Gemeindetag dürfte für die kommunale Weiterentwicklung in Österreich von entscheidender Bedeutung sein. Zentrales Thema ist das 30jährige Bestehen der Gemeindeverfassungsnovelle 1962, also der österreichischen Kommunalautonomie, die auf der ganzen Welt ohne Beispiel dasteht. Im Zeichen der bevorstehenden europäischen Integration stellt sich gerade bei diesem Gemeindetag die Frage nach der Weiterentwicklung der Kommunalautonomie in einem integrierten Europa. Österreichs Gemeindevertreter nehmen zum geplanten EG-Beitritt und überhaupt zur europäischen Integration insgesamt eine absolut positive Stellung ein. Doch gibt es zum einen oder anderen Thema, vor allem bezüglich der Kommunal- wie auch der Finanzautonomie der Gemeinden, noch offene Fragen. Wesentliche Aussagen in dieser Richtung werden vom Symposium des ersten Tages zum Thema "30 Jahre Gemeindeverfassungsnovelle 1962 - Gemeindeautonomie zwischen Theorie und Praxis" erwartet. ****

Die eigentliche Hauptveranstaltung des Österreichischen Gemeindetages findet am Freitag, 26. Juni, ab 9.30 Uhr statt. Dabei werden die beiden Minister Dr. Franz Löschnak und Dkfm. Ferdinand Lacina zum Tagungsthema sprechen. Weitere Referenten sind Gemeindebundpräsident Franz Romeder, Landeshauptmann Dr. Josef Krainer, der Grazer Bürgermeister und Städtebund-

Vizepräsident Alfred Stingl und der Präsident des Steiermärkischen Gemeindebundes, Bürgermeister Hermann Kröll. Angesagt zu diesem Gemeindetag ist auch Bundespräsident Dr. Rudolf Waldheim.
nnnn

*****ORIGINALTEXT-SERVICE UNTER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS*****

OTS015 1992-04-21/10:18